

77.230.Jugoslawien - KU/BN

Brüssel, den 13. Januar 1992

EG-Aussenministersitzung vom 10. Januar 1992 betr. Jugoslawien
und Ex-Republiken der UdSSR (GUS-Staaten)

An der ersten Aussenministersitzung unter portugiesischer Präsidentschaft standen die beiden Themen Jugoslawien und die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zu den GUS-Staaten auf der Tagesordnung. Ueber die Beratungen betr. Uruguay-Runde mit den Fachministern werden Sie separat informiert.

Jugoslawien:

Die EG-Aussenminister liessen sich von Lord Carrington über die am Vortag wiederaufgenommene Friedenskonferenz informieren. Generell wurde der von Lord Carrington gezeigte zurückhaltende Optimismus geteilt. Die EG unterstützt die UN in ihren Bemühungen betreffend Ueberwachung des Waffenstillstandes und ist zu enger Zusammenarbeit auf dem Felde bereit. Mit scharfen Worten wurde noch einmal der Abschuss des EG-Helikopters verurteilt und eine Untersuchung über den technischen Ablauf des Vorfalles verlangt. Damit und den entsprechenden Sicherheitsmassnahmen (Ueberwachungen via Helikopter sind derzeit ausgesetzt) sollen derartige Zwischenfälle zukünftig vermieden werden (vgl. Erklärung in Beilage 1).

In einer weiteren Erklärung wurde Montenegro als kooperierende Republik bezeichnet und soll deshalb zukünftig auch in den Genuss der positiven Massnahmen der EG gelangen (Beilage 2). Damit soll Montenegro verstärkt in den Friedensprozess eingebunden werden und etwas aus der direkten Abhängigkeit gegenüber Serbien herausgehoben werden.

In der Frage der Anerkennung kam es nicht zu einer formellen Diskussion, da namentlich die BRD dieses Thema mit dem Beschluss vom 16.12.1991 für abgeschlossen betrachtet. Dennoch diskutierten die Aussenminister intensiv diese Frage im Bemühen, am 15.1.1992 über eine möglichst uniforme EG-Haltung zu verfügen. In wieweit dies dann tatsächlich der Fall sein wird, kann derzeit nicht abschliessend beurteilt werden.

Dies hängt nicht zuletzt auch vom Bericht der Schiedskommission Badinter ab, der vermutlich am Wochenende nach der Ministersitzung den Mitgliedstaaten zugestellt wurde. Details über den Bericht sind noch keine bekannt, doch wurde gemutmasst, dass der Bericht einzig betreffend Slowenien alle Kriterien als problemlos erfüllt erachtet. Betreffend Kroatien soll der Bericht gewisse Bedenken geringeren Umfangs betreffend des Minderheitenschutzes enthalten. Solche Bedenken sollen dem Vernehmen nach im Badinter-Bericht in gewichtigeren



- 2 -

Umfange auch gegenüber Bosnien-Herzogowina und Mazedonien (plus das politische Problem der Namensbezeichnung) enthalten sein.

Einigkeit besteht bei den 12 dass jedes Land in eigener Kompetenz über die Anerkennung entscheiden kann. Nach wie vor gehen die Meinungen jedoch auseinander, welche Bedeutung dem Badinter-Report beizumessen ist. Diese Frage wird sich vor allem dann stellen, wenn der Bericht erhebliche Bedenken betr. Kroatien formuliert. In diesem Fall wird hier mit Sicherheit mit einer Aufspaltung der Positionen innerhalb der EG gerechnet. In diesem Falle ist es möglich, dass verschiedene Länder in einer ersten Phase nur Slowenien anerkennen. Falls die Bedenken gegenüber Kroatien als geringfügig betrachtet werden, könnte es am 15.1. gemäss Aussagen verschiedener Minister (inkl. portugiesische Präsidentschaft) zu einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch eine grössere Anzahl von EG-Mitgliedstaaten kommen.

Die EG-Vertretungen verfügen derzeit nicht über präzise Vorstellungen betreffend Anerkennungs-Szenario. Schematisch und etwa spekulativ könnten die Länderpositionen wie folgt dargestellt werden in der Reihenfolge der Anerkennungsbereitschaft gegenüber Slowenien (S) und Kroatien:

- BRD: Sicher S und K
- Italien: De Michelis bestätigte S und K
- B, DK, Lux: wahrscheinlich S und K
- NL: S wahrscheinlich, K möglich
- SP, P, GR: schliessen sich der Mehrheit an; Keine grundsätzlichen Bedenken
- F: Unklar
- GB: S möglich, K problematisch

AM Genscher gab sich jedenfalls zuversichtlich betreffend Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch ein grössere Zahl von EG-Mitgliedstaaten. Genscher sprach sich aus obgenannten Gründen auch gegen die Notwendigkeit eines erneuten Ministertreffens am 15.1.92 zur Konzertierung der Positionen aus, wie dies von verschiedenen Delegationen gewünscht wurde. Vorgesehen ist ein ordentliches Treffen der politischen Direktoren am 14.-15.1 in Lissabon.

Ein unmittelbarer Anerkennungsentscheid betr. Bosnien-Herzogowina und Mazedonien wird derzeit ausgeschlossen (auch die BRD sieht keine sofortige Anerkennung vor).

- 3 -

Informell erörtert wurde dem Vernehmen nach auch das Problem des allfälligen Zeitpunktes des Abzuges der bei der jugoslawischen Regierung akkreditierten Botschafter (unter Offenhaltung der Botschaften), da Jugoslawien in seiner bisherigen Form nach erfolgter Anerkennung (evtl. ab dem 15.1.92) nicht mehr existiere. Verschiedene EG-Staaten (B, NL, BRD) haben dies offenbar bereits getan. Ein diesbezügliches gemeinsames Vorgehen ist aber nicht beschlossen worden.

EG-Beziehungen zu den Ex-Republiken der UdSSR (GUS-Staaten)

Die Aussenminister führten eine generelle-Aussprache über die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen zu den GUS-Staaten sowie eine Diskussion im Hinblick auf die Hilfskonferenz in Washington am 22.-23. Januar.

Grundlage der generellen Aussprache bilden zwei interessante Aussprachepapiere der Kommission und der EG-Präsidentschaft, die im Sinne einer Auslegeordnung die verschiedenen Aspekte der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zu den GUS-Staaten darlegen. Die beiden Dokumente werden Ihnen mit heutigem Kurier übermittelt.

Die entsprechenden Vorschläge der Kommission fanden bei den Aussenminister weitgehende Zustimmung, ohne dass bereits formelle Beschlüsse gefasst wurden.

Die wichtigsten Elemente:

- Nahrungsmittelhilfe: Die EG-Kommission wird mit den Behörden der GUS-Staaten abklären, wie die bestehenden Programme zweckmässig implementiert und, wo notwendig, adaptiert werden können.

Zur Diskussion gelangten auch die derzeitigen Schwierigkeiten und öffentliche Kritik betr. die Nahrungsmittellieferungen. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass es sich dabei um eine gemeinsame Aktion der EG-(Kommission) und der Mitgliedstaaten handle.

- Zukünftige Abkommen: Die Kommission wird in den nächsten Wochen und Monaten mit den GUS-Staaten abklären, welche Formen von Zusammenarbeitsabkommen möglich sind. Vorgesehen sind neue Modelle, die über die frühere Form der Handels- und Wirtschaftsabkommen hinausgehen, jedoch deutlich unter den geschlossenen Assoziationsabkommen liegen (ähnlich den in Aussicht genommenen Abkommen mit den baltischen Staaten und Albanien).

- 4 -

Mögliche Elemente:

- Einschluss der in den bestehenden Abkommen enthaltenen Verpflichtungen
- Ziel einer weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit
- Stärkung der politischen Institutionen und der "zivilen Gesellschaft"
- Finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Politischer Dialog

Die EG wünscht mit allen GUS-Staaten derartige Abkommen, die von Land zu Land unterschiedlich ausfallen können, abzuschliessen. In einer ersten Phase will man sich bei der Exploration auf die wichtigsten Staaten konzentrieren. In der Reihenfolge Russland, Ukraine, Weissrussland, Kasachstan.

Diplomatische Vertretungen: Die Kommission und die Mitgliedstaaten wollen gemeinsam abklären, wie das jeweilige Vertretungsnetz in den GUS-Staaten gestattet werden kann. Aus budgetären Ueberlegungen scheinen viele Staaten an einem, zumindest partiellen, gemeinsamen Vorgehen interessiert zu sein. AM Genscher plädierte im Sinne einer vorweggenommenen Umsetzung der Maastricht-Beschlüsse in besonderer Weise für die Errichtung gemeinsamer Vertretungen der EG-Mitgliedstaaten. Konkrete Vorschläge oder Beschlüsse liegen noch keine vor.

Konferenz für die Hilfe an die GUS-Staaten in Washington, 22./23. Januar 1992

Die EG-Minister akzeptierten die Einladung und werden gemäss Auskunft der portugiesischen Präsidentschaft persönlich am 22.1. teilnehmen. Einzig die Präsenz von AM Dumas scheint noch ungewiss. Die EG-Kommission wird durch Vizepräsident Andriessen vertreten. Am 21.1. abends findet evtl. eine Koordinierungssitzung der EG-Aussenminister in Washington statt. Diskutiert wurden vor allem organisatorische Fragen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Sicherstellung der EG-internen Koordination und Kompetenzen. Die Uebertragung der Ko-Präsidentschaften für die Arbeitsgruppen durch die USA auf einzelne Mitgliedstaaten wurde von verschiedenen "Nichtbegünstigten" nicht gerne gesehen, von den Aussenministern jedoch akzeptiert. Die Gruppen werden demnach wie folgt Ko-präsidiert

- Nahrungsmittelhilfe: USA oder Kanada, GB
- Energie: Venezuela, NL

- 5 -

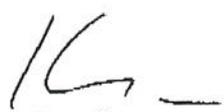
- Unterkünfte: Italien und ?
- Medikamente: USA, Japan
- Technische Zusammenarbeit: BRD, Japan, USA

Die EG betonte, dass diese Aufteilung lediglich für die Washington-Konferenz gilt und für weitere Konferenzen überdacht werden wird. Die EG-Kommission ist zur Sicherstellung der EG-internen Koordination jeweils beim EG-Land assoziiert, das den Vorsitz führt (Genschers Vorschlag der Uebertragung der Präsidenschaften durch die EG-Mitgliedstaaten an die Präsidentschaft wurde abgelehnt).

Die EG visiert die Initiative für eine Folgekonferenz unter EG-Aegide an, falls die Konferenz einen positiven Verlauf nimmt. Auf BRD-Vorschlag soll das Thema Nukleare Sicherheit ebenfalls in den Arbeitsgruppen diskutiert werden.

Andriessen bestätigte, dass Washington keine "Pledging-Konferenz" sei, doch erwarte die EG als bisheriger Hauptzahler ein klares Bekenntnis der nichteuropäischen Staaten (visiert sind neben USA vor allen Japan und die Golfstaaten) zu einer aktiveren Hilfe für die GUS-Staaten.

Die Aussenminister stimmten überein, dass keine neuen permanenten Strukturen für die Hilfe an die GUS-Staaten geschaffen werden sollen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Arbeitsgruppen im Hinblick auf eine Folgekonferenz ihre Arbeit nach Washington weiterführen werden.


T. Kupfer

Belge 1

P. 6/92

Brussels, 10 January 1992

DECLARATION ON YUGOSLAVIA

The Community and its member States welcome the resumption of the Conference on Yugoslavia under the Presidency of Lord Carrington and call upon all Republics to commit themselves fully to its successful outcome.

The Community and its member States also strongly support the efforts of the special envoy of the Secretary General of the United Nations to promote the cease-fire agreed in Sarajevo on 2 January 1992. They warmly welcome the decision by the United Nations Security Council to send immediately to Yugoslavia a group of liaison officers, who will work closely together with the Monitor Mission.

The Community and its member States reiterate their outrage at the intolerable aggression directed against the helicopters of the Monitor Mission all the more so when the parties to the conflict had given formal guarantees on the security of the monitors. They strongly urge the authorities in Belgrade and the JNA to cooperate fully with the Commission of Inquiry, under the auspices of the Head of the Monitor Mission, so that those responsible can be brought to justice.

The Community and its member States fully support the efforts of the Head of the Monitor Mission to secure strict and explicit guarantees with regard to the security of the monitors so as to avoid any further incident.

The Community and its member States underline that the activities of the Monitor Mission of the European Community in Yugoslavia remain a key element of the peaceful settlement of the current crisis. They stress once again the courage shown by the Monitors and express the hope that the peace process will continue with renewed determination.

Berly 2
=

P. 7/92

Brussels, 10 January 1992

DECLARATION ON MONTENEGRO

The Community and its member States welcome the reconvening of the Conference on Yugoslavia on 9 January in Brussels and note with satisfaction that all parties to the conflict were present.

The Community and its member States recognise the contribution made by the Yugoslav parties to the furtherance of a peaceful solution to the conflict. In this context, they note in particular the contribution by Montenegro to creating the necessary conditions for the continuation of the Conference, thus allowing the negotiations on a comprehensive political settlement to move forward.

The Community and its member States are therefore ready to prepare for the adoption of positive measures in favour of this Republic similar to those measures which exist for other Republics.

SCHWEIZERISCHE MISSION BEI DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Rue d'Arion 53, Bte 9
TEL. 00322/230 14 90B 1040 BRUSSEL
FAX 231 04 40TELEFAX
Deckblatt**EILT**

ORT

DATUM UND ZEIT

PRIORITAET:

Brüssel, den 13/1/92

NORMAL DRINGEND FLASH

	X	
--	---	--

Anzahl Seiten, inkl. Deckblatt : 9

OFFEN

CHIFFRIERT

KLASSIFIKATION:

X

--

Nr. :

Ref. : 77.230. Jugosl. - KU/BN

EMPFÄNGER :

Von Vertretung direkt an:

- Integrationsbüro EDA/EVD
- EDA, Politische Abteilung I

an	TWA	KJP	HO	WGA	RP	a/a
Datum	12.1					
Visa						
EDA - DIO						
Ref.	1. 713-80					61.23.80
	2. 713-81					21.35.23

Kopie an:

EDA:

- Staatssekretär K. Jacobi 21.35.23
- Politische Abteilung III 21.35.23
- Politisches Sekretariat 21.35.23
- Finanz- und Wirtschaftsdienst 22.45.68
- DVR 21.39.26
- DIO 22.04.56
- DEH 61.35.05
- Sekretariat Departementschef 61.31.78

EVD:

- BAWI, Staatssekretär F. Blankart 21.23.78
- BAWI, Botschafter S. Arioli 61.23.30
- BAWI, Länderdienst Mittel-/Osteuropa 61.23.30
- BAWI, Länderdienst Südosteuropa 61.23.30

Schweiz. Botschaften in:

- Brüssel (per Kurier)
- Kopenhagen 00 45 33 33 75 51
- Athen 00 301 724 92 09
- Madrid 00 341 577 69 98
- Bonn 00 49 228 810 819
- Paris 00 33 1 45 51 34 77
- Dublin 00 353 1 283 03 44
- Rom 00 39 6 808 85 10

- 2 -

- Luxemburg	00 352 46 43 93
- Lissabon	00 35 11 67 71 87
- London	00 44 71 724 7001
- Den Haag	00 31 703 561 238
- Stockholm	00 46 8 21 15 04
- Oslo	00 42 2 44 63 50
- Wien	00 43 1 23 24 81
- Helsinki	00 358 0 680 13 43
- Belgrad (per Kurier)	
- Zagreb	00 38 41 425 995
- Moskau	00 7 095 200 17 28
- Washington	00 1 202 387 2564
- UNO-Mission in New York	00 1 212 751 2104
- O.E.C.D. Paris	00 33 1 45 51 03 87
- EFTA-Delegation Genf	022/734.56.23

Gegenstand : EG-Aussenministersitzung vom 10. Januar 1992 betr.
Jugoslawien und Ex-Republiken der UdSSR (GUS-
Staaten)

In Beilage finden Sie einen Kurzbericht über die wichtigsten Ergebnisse der ausserordentlichen Aussenministersitzung, der ersten unter portugiesischer Präsidentschaft.

Der Chef der Schweizerische Mission:



B. von Tscharner